

den wackeren „Antifaschisten“ von der AIHD um Linksextremisten handelt, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden. Im neuesten Verfassungsschutzbericht 2017 werden AIHD-Aktionen gegen die AfD in Heidelberg aufgeführt und geurteilt: „Antifaschismus‘ richtet sich nach linksextremistischem Verständnis (...) in letzter Konsequenz gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung.“ Dem RNZ-Bericht ist zu entnehmen, dass Czaszkóczy „seit Jahrzehnten“ bei dieser „Initiative“ (also der AIHD) aktiv ist. Bei der AIHD wiederum handelt es sich laut amtlicher Definition des Landesamtes für Verfassungsschutz um eine verfassungsfeindliche Organisation.

Czaszkóczy, bekennendes Mitglied der AIHD, hat als Rädelsführer versucht, eine Veranstaltung einer ihm nicht genehmen Partei, der AfD, zu stören und ist dafür vom Amtsgericht wegen Hausfriedensbruchs verurteilt worden. Absolut befremdlich ist dabei die neueste Wendung in diesem Fall: dass sich die SPD Heidelberg nicht entblödet, auf ihrer Webseite Spenden für die Berufungsverhandlung einzuwerben. Als Empfänger der Spenden ist die „Rote Hilfe“ genannt, ein von diversen Verfassungsschutzämtern ebenfalls als linksextremistisch eingestuftem Verein, der Gewalttäter unterstützt. Ist die SPD so tief gesunken, dass sie jetzt schon Werbung für verfassungsfeindliche Organisationen macht?

Sven Geschinski, Heidelberg

Prozess gegen Michael Czaszkóczy

## Die halbe Wahrheit?

Dem großen Aristoteles wird das Zitat zugeschrieben: „Die andere Hälfte der Wahrheit wegzulassen, ist die schlimmste Lüge.“ Und in der Tat hat die RNZ zum wiederholten Male unterschlagen, dass es sich bei